

BR-Intendant Wilhelm fordert weniger Talkshows im Ersten

München, 08.03.2013, 16:42 Uhr

GDN - Der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Ulrich Wilhelm, fordert im Interview mit der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" weniger Talkshows im Ersten. "Ich bin für eine Reduzierung der vorhandenen fünf Talkshows", sagte er der Samstagsausgabe der Zeitung.

"Dadurch würden wir auch im Schema beweglicher. Ich glaube, dass wir mehr Dokus, Sondersendungen, ‚Brennpunkte‘, Features, Themenabende benötigen." Welche Talkshow weichen soll, will Wilhelm nicht vorgeben: "Ich habe großen Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen, die die Sendungen machen. Das sind Profis mit einer erstklassigen Reputation. Es wäre nicht angemessen, Präferenzen zu äußern. Dies besprechen wir im Kreis der Intendanten." Laufende Verträge mit den Talkmastern seien zu respektieren. "Wenn Verträge auslaufen, besteht die Möglichkeit, über die entsprechenden Formate neu zu entscheiden." Vom neuen, häufig kritisierten Rundfunkbeitrag erwartet Wilhelm keine bedeutenden Mehreinnahmen für ARD und ZDF. Es gebe "immer wieder Stimmen, die behaupten, dass hunderte Millionen Euro zusätzlich eingehen werden. Ich glaube das nicht. Für fast neunzig Prozent der Haushalte ändert sich nichts, bei anderen gibt es Belastungen, aber genauso Entlastungen. Die Prognosen sind derzeit sehr volatil und schwanken zwischen einem leichten Minus und einem leichten Plus. Für den Bayerischen Rundfunk stelle ich mich auf stagnierende oder sinkende Budgets ein. Und entsprechend werden wir handeln." Seinen Sender stellt Wilhelm durch einen großen Umbau auf das digitale Zeitalter ein. "Wir werden uns nicht mehr wie bisher nach Übertragungswegen aufstellen, sondern nach Inhalten. Das heißt: Wir werden integrierte journalistische Bereiche haben für Aktualität, für Wirtschaft, für Wissenschaft, für Sport und vieles mehr", sagte er. Über Tausend Kollegen vor allem des Hörfunks zögen in wenigen Jahren auf den bisherigen Fernsehcampus des BR in München-Freimann um. Zur Kritik am neuen Rundfunkbeitrag sagte Wilhelm: "Wir werben in allen Gesprächen um die Einsicht, dass die bisherige, auf Geräte bezogene Gebühr nicht mehr haltbar war. Nachdem immer mehr Nutzer unsere Angebote über Tablets und Smartphones empfangen, war die alte Rechtslage von der Wirklichkeit überholt. Die neue Regelung haben sechzehn Landtage mit völlig verschiedenen politischen Konstellationen gemeinsam beschlossen. Der Gesetzgeber kann bei weit über 40 Millionen Sachverhalten nicht jeden Einzelfall regeln. Deshalb hat er von sich aus zurecht eine Evaluierung aller Auswirkungen im kommenden Jahr festgelegt. Wir werden den Parlamenten für diese Überprüfung Daten aufbereiten und etwa mit der Wirtschaft und den Kommunen mögliche Härtefälle gemeinsam analysieren." Zum Streit zwischen Zeitungsverlagen und der ARD um die "Tagesschau"-App sagte Wilhelm, es sei an der Zeit, nach gemeinsamen Interessen zu suchen. "Es ist doch zum Beispiel unverkennbar, dass Zeitungen bei ihren Onlineauftritten immer stärker auf Bewegtbilder setzen. Es wäre lohnend, darüber nachzudenken, wo wir unser unbestrittenes Know-how in diesem Bereich auch den Zeitungen zur Verfügung stellen können. Wenn wir aus den Gräben herauskommen und gemeinsame Interessen in der digitalen Welt definieren, können wir zu Lösungen kommen."

Bericht online:

<https://www.germailynews.com/bericht-9476/br-intendant-wilhelm-fordert-weniger-talkshows-im-ersten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619